



Steffen Flath MdB
Fraktionsvorsitzender

Grundsätze für eine Verantwortungsgemeinschaft von Steffen Flath, Fraktionsvorsitzender

Griechenland führt vor Augen, was passiert, wenn über Jahre die Ausgaben eines Landes nicht im Einklang gebracht werden mit den Einnahmen. Der Mittelmeerstaat ist vor aller Welt blamiert, wird zunehmend von außen gesteuert und muss in kürzester Zeit drastische Einsparmaßnahmen ergreifen. Griechenland zeigt: Für die finanziellen Sünden eines Landes, müssen seine Bürger immer büßen. Die Frage ist nur wann? Der Niedergang des Mittelmeerstaates kann den Blick schärfen auf die Diskussion um eine Neuverschuldung in Sachsen.

Angesichts dauerhaft schrumpfender Einnahmen steht der Freistaat vor ähnlich grundlegenden Entscheidungen wie zu Beginn der 90er Jahre. Land und Kommunen werden diese Herausforderungen nur meistern können, wenn es gelingt, die Schritte gemeinsam zu gehen. Kommunalpolitiker und Landespolitiker sollten sich dabei nicht als Kontrahenten, sondern sich als Verantwortungsgemeinschaft verstehen. Gemeinsames Ziel muss sein, auf neue Schulden zu verzichten. Allein das Anziehen von Ausgabenschrauben reicht dafür nicht aus. Wir können nicht alles beim Alten belassen. Das Ziel ist richtig, über den Weg dahin müssen wir diskutieren.

Umso erfreulicher ist, dass in Sachsen selbst die kommunalen Spitzenverbände das Neuverschuldungsverbot des

Freistaates nicht infrage stellen. Sie fordern jedoch berechtigterweise, dass es nicht zu einer einseitigen Belastung und Verschuldung der Kommunen führen darf. Klar muss allerdings auch sein, dass wir derzeit nicht über das Sparen reden. Wer spart legt am Ende etwas auf die hohe Kante. Wir bemühen uns derzeit dagegen nur, mit dem auszukommen, was wir haben.

Eine breite Debatte über Regelungen und Normen ist ebenso notwendig. Hier brauchen wir die Diskussion mit den Standards setzenden Fachleuten, Experten und den Verwaltungen. Was wir nicht brauchen, ist ein Wettbewerb um Standards, wie ihn die SPD fordert. Die unüberschaubare Zahl an Regelungen und Vorgaben nimmt uns zunehmend die Luft zum Atmen. Standards kosten Geld, schaffen Bürokratie und binden Personal.

Das gilt auch für die Förderrichtlinien und Förderprogramme. Sie müssen kundenfreundlicher und serviceorientierter werden. Das bedeutet vor allem die weitere Reduzierung des Aufwands bei der Antragsstellung. Das Vertrauen der Bewilligungsbehörden in die kommunalen Antragsteller ist zu stärken, in dem die Prüfung von Verwendungsnachweisen auf ein Mindestmaß beschränkt wird. Es gibt viel zu tun. Wir sind gut beraten den mühsamen Weg zu gehen, wenn wir nicht enden wollen wie Griechenland.

Termine

6. Mai 2010

Fraktionsakademie
Sächsischer Landtag, Saal 2

18. Mai 2010

Johann-Amos-Comenius-Club
Sachsen
ICC Dresden

Impressum:

CDU-Fraktion
des Sächsischen Landtages
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351- 493 56 10
Fax: 0351- 493 54 44
E-Mail:
pressestelle@cdu-sachsen-fraktion.de

Redaktion: Dirk Reelfs, (V.i.S.d.P)

SIE FINDEN UNS AUCH IM WEB UNTER:
WWW.CDU-SACHSEN-FRAKTION.DE

Neue Bildungsempfehlung macht Schule gerechter



Dr. Roland Wöllner MdL
Staatsminister

Kultusminister Roland Wöllner hat in einer Landtagsdebatte für die neue Bildungsempfehlung geworben. Wöllner verwies dabei auf Stichproben, die dazu erhoben wurden. Unter den 1300 Schülern, die im vergangenen Jahr zurück auf die Mittelschule wechselten, seien zu viele gewesen, die offensichtlich mit falschen Erwartungen auf das Gymnasium gegangen seien.

Bei Schülern mit einem Notendurchschnitt von 2,5 gebe es eine höhere Wahrscheinlichkeit, sitzenzubleiben oder das Gymnasium wieder zu verlassen.

Mit der veränderten Bildungsemp-

fehlung nach den Klassen 4 und 6 wird das sächsische Schulsystem den unterschiedlichen Leistungsvermögen der Schüler viel besser gerecht als vorher. Diese Auffassung vertrat Thomas Colditz, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

„Durch Hinzuziehung eines dritten Fachs in der Bildungsempfehlung wird ein breiteres Leistungsspektrum berücksichtigt. Das macht die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg sicherer und gerechter“, sagte Colditz. Der Bildungspolitiker unterstrich gleichzeitig, dass die neuen Zugangskriterien nur ein Mosaikstein zur Weiterentwicklung der Mittelschule zur Oberschule ist.

„Das bedeutet nicht nur die Na-

mensschilder auszutauschen, sondern auch die Inhalte zu verbes-



sern“, sagte Colditz.

Angestrebt werde zum Beispiel auch eine intensivere Förderung der Schüler in den Klassenstufen 5 und 6 der Oberschule. Ziel müsse es sein, mehr Schüler zur Hochschulreife zu führen. *dr.*

Keine Schulschließungen beabsichtigt



Thomas Colditz MdL
Schulpolitischer
Sprecher

CDU-Bildungspolitiker Thomas Colditz hat der Opposition eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit durch Falschdarstellungen vorge-

worfen.

„Der Kultusminister beabsichtigt nicht Schulen zu schließen, sondern lediglich Einfluss auf die Klassenbildung zu nehmen. Unter den zur Diskussion stehenden 37 so genannten Mitwirkungsentzügen ist kein einziger, der die Schließung

einer Schule zum Ziel hat“, erklärte der bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag. Die Schulen könnten lediglich keine Eingangsklassen bilden. „Eine neue Runde von Schulschließungen wird damit nicht eingeläutet“, so Colditz. *dr.*

Land wird Lehrerberarf decken



Aline Fiedler MdL
Kulturpolitische
Sprecherin

An die Notwendigkeit einer ausreichenden Ausbildung von Lehrkräften hat Aline Fiedler, CDU-Landtags-abgeordnete erinnert.

„Wir werden den langfristigen Lehrerberarf in Sachsen qualitativ und quantitativ absi-

chern. Dieses Versprechen haben wir allen Sachsen mit dem Koalitionsvertrag gegeben. Dabei bleibt es auch“, sagte Aline Fiedler in einer Landtagsdebatte zum Lehramtsstudium.

Gleichzeitig wies sie auf Defizite hin. So gebe es derzeit deutlich zu wenig Lehrer für den Grund- und Mittelschulbereich. „Dafür brau-

chen wir die entsprechenden Studienbedingungen und Kapazitäten“, sagte die CDU-Politikerin. Sachsen benötige sehr schnell ein Gesamtkonzept für die zukünftige Ausrichtung der Lehramtsausbildung.

Dies müsse im Einklang mit der Hochschulentwicklungsplanung und der Hochschulvereinbarung geschehen werden. *dr.*

Die Bundeswehr braucht unsere Unterstützung von Prof. Dr. Günther Schneider MdL

Deutschland verlangt von seinen Soldatinnen und Soldaten viel, sehr viel. Sie sind in den Dienst der freiheitlichen und demokratischen Werte dieses Landes gestellt. Die im Einsatz in Afghanistan gefallenen Soldaten haben wie alle ihre Kameraden, die als Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit tätig sind, einen Eid geleistet. Die im Einsatz gefallenen Soldaten haben der Bundesrepublik Deutschland treu gedient, indem sie einem Mandat folgten, das der Deutsche Bundestag in den letzten acht Jahren mit unterschiedlichen Mehrheitsverhältnissen auf Antrag von Bundesregierungen in unterschiedlicher Zusammensetzung immer wieder beschlossen hat. Dieses Mandat ist über jeden vernünftigen völkerrechtlichen oder verfassungsrechtlichen Zweifel erhaben. Es ruht auf den Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Es ist unverändert gültig.

Weshalb unsere Soldaten in Afghanistan sind

Zum einen geht es um ein Stück Befreiung für die Menschen in Afghanistan, für Frauen, Kinder, auch und nicht zuletzt für Mädchen, die zur Schule gehen können. Der zweite Grund ist es, der ein militärisches Eingreifen der internationalen Gemeinschaft rechtfertigt. Ich erinnere an den Satz, des der früheren Verteidigungsministers Peter Struck: "Die Sicherheit Deutsch-

lands wird auch am Hindukusch verteidigt".

Bis heute hat niemand klarer, präziser und treffender ausdrücken können, worum es in Afghanistan geht. Bislang ist diesem Satz aber vielleicht noch nicht eine ausreichende Debatte darüber gefolgt. Unsere Bundeswehr nimmt im Rahmen der



Als Beauftragter für Fragen der Bundeswehr ist **Prof. Dr. Günther Schneider** berufen worden. Prof. Dr. Günther Schneider ist Jurist und seit 2004 Mitglied des Sächsischen Landtages, als stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bundeswehr in der 4. Legislaturperiode ist er bestens mit den Aufgaben auf diesem Gebiet vertraut.

internationalen Gemeinschaft einen Auftrag für den Frieden wahr, sowohl in und für Afghanistan als auch weltweit!

Terrorismus bedroht uns

Der internationale Terrorismus und die von ihm ausgehende sogenann-

te asymmetrische Bedrohung durch Menschen, denen ihr eigenes Leben nichts bedeutet - dies ist eine der großen Schattenseiten der Globalisierung.

Doch sowenig man die Globalisierung abschaffen kann, so wenig dürfen wir in unseren Anstrengungen nachlassen, den Gefahren für das Recht, die Sicherheit und die Freiheit unseres Landes dort zu begegnen, wo sie entstehen.

Die Terrorangriffe des 11. September hatten ihre Wurzeln in den Ausbildungslagern der al-Qaida im von den Taliban beherrschten Afghanistan. Aus ihnen sind die Attentäter von New York und Washington und später die von London und Madrid unerkannt hervorgegangen. Es wäre ein Trugschluss zu glauben, wir stünden nicht im Visier des internationalen Terrorismus. Viele dieser Gruppen haben unerkannt unter uns gelebt. Sie haben inzwischen auch bei uns in Deutschland verheerende Anschläge geplant.

Wir hatten bisher lediglich das Glück, sie noch rechtzeitig verhindern zu können. Der Auftrag unserer Soldaten ist ein Beitrag zu unserer Sicherheit und unserer Freiheit, die in Zeiten des internationalen Terrorismus auch und gerade dort verteidigt werden müssen, wo dieser seine Rückzugsräume und Kommandozentralen hat.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Seite 3

Was unsere Soldaten brauchen

Die Bundeswehr wird ihren Auftrag aber nur dann erfüllen können, wenn sie sich auf den nötigen Rückhalt in der Gesellschaft verlassen kann und wenn dieser Rückhalt auch sichtbar wird.

Die Anfang des Jahres entwickelte Londoner Strategie sieht vor, die afghanischen Sicherheitskräfte so auszubilden, dass sie schnellstmöglich in die Lage versetzt werden, für die Sicherheit und Stabilität ihres Landes selbst zu sorgen.

Bereits 2011 wollen wir mit der Übergabe in Verantwortung beginnen. Die Londoner Strategie schafft die Voraussetzungen für eine Übergabe in Verantwortung. Darum, um

eine Übergabe in Verantwortung, hat es der internationalen Staatengemeinschaft zu gehen, nicht um einen Abzug in Verantwortungslosigkeit wie auch nicht um den Versuch, Afghanistan zu einer Demokratie nach westlichem Vorbild zu machen. Es geht darum, dem Land in einem abgestimmten Verfahren die volle Selbstkontrolle zu gewährleisten. Andernfalls würde Afghanistan in Chaos und Anarchie versinken. Andernfalls wären auch die Folgen für die internationale Gemeinschaft und ihre Bündnisse unabsehbar.

Wer deshalb heute den sofortigen, womöglich sogar alleinigen Rückzug Deutschlands unabhängig von seinen Bündnispartnern aus Afghanistan fordert, der handelt unverantwortlich.

Bereitschaft zur Organspende muss wachsen



Karin Stempel MdL
Gesundheitspolitische
Sprecherin

Für eine stärkere Bereitschaft zur Organspende hat sich die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Karin Stempel, ausgesprochen.

„Das gelingt nur durch werben, appellieren und aufklären“, sagte Karin Stempel in einer Landtagsdebatte. Die Vernunft

und Einsicht jedes einzelnen Menschen für eine Organspende sei gefragt.

„Organspende ist für tausende Menschen jedes Jahr der Beginn eines neuen Lebens“, erklärte die Gesundheitspolitikerin. Sie verwies darauf, dass in Deutschland 12.000 schwer kranke Menschen auf ein Spenderorgan warten. Etwa 1.000 Menschen würden jedes Jahr sterben, weil ein entsprechendes Spenderorgan fehle.

Personalnachrichten

Jan Löffler, CDU-Landtagsabgeordneter aus Neukirchen/Pleiße, ist in den Gemeinsamen Landesbeirat der obersten Brandschutz-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzbehörde gewählt worden.

Der Feuerwehrmann und gelernter Bankkaufmann vertritt den Landtag in dem Gremium, das in allen grundsätzlichen Fragen des Brand- und Katastrophenschutzes und vor Erlass von Rechtsverordnungen zu hören ist. Der gemeinsame Landesbeirat setzt sich neben Mitgliedern aus dem Landtag aus Vertretern der Feuerwehren, Ärzteschaft, Hilfsorganisationen, Ministerien, Krankenhäusern, dem Sächsischen Landkreistag sowie dem Sächsischen Städte- und Gemeindetag zusammen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Steffen Flath hat als Beauftragten für Kirchenfragen den CDU-Landtagsabgeordneten **Gernot Krasselt** berufen.

Der Diplom-Mathematiker Gernot Krasselt ist seit 2009 Mitglied des Sächsischen Landtages, er war Bürgermeister der Stadt Oederan und studierte an der TU Freiberg. *dr.*

Zitat des Monats:

„Menschen, die eine Spenderniere erhalten, feiern den Tag als Erlösung von der Dialysebehandlung.“

Karin Stempel, gesundheitspolitische Sprecherin, in einer Landtagsdebatte für mehr Organspenden am 28. April 2010